

FEBRUAR 2006

Die transatlantische Agenda ist heute global. Europa und die USA können internationale Probleme wie den Terrorismus, die künftige Energieversorgung, das Aufstreben neuer Mächte in Asien oder die Herausforderungen der Globalisierung nur gemeinsam meistern. Die *Global Must Reads* fassen die wichtigsten Studien und Analysen aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals www.atlantic-outlook.org.

- ▶ **Ökonomische Folgen der Vogelgrippe** Seite 1
- ▶ **OECD: Altes, schwaches Europa** Seite 2
- ▶ **Gemeinsamer transatlantischer Finanzmarkt**
- ▶ **AIDS in Afrika: Unternehmen scheuen Engagement**
- ▶ **Chinas Jagd nach klugen Köpfen** Seite 3
- ▶ **Bei Investitionen in China die Menschenrechte nicht vergessen**
- ▶ **Angriff auf den Iran hätte katastrophale Folgen** Seite 4
- ▶ **Was tun mit Hamas?**
- ▶ **Indiens wirtschaftlicher Aufstieg** Seite 5

Ökonomische Folgen der Vogelgrippe

Global Macroeconomic Consequences of Pandemic Influenza, *Lowy Institute of International Policy*, Februar 2006

Die Vogelgrippe mit dem auch für Menschen gefährlichen Virus H5N1 breitet sich weiter aus. Noch ist der Erreger nicht von Mensch zu Mensch übertragbar, dennoch stellt sich die Frage, welche Auswirkungen eine Pandemie auf die Weltwirtschaft hätte. Krankheit und Tod würden das Humankapital in Qualität und Quantität stark beeinträchtigen. Die Produktionskosten für Unternehmen würden steigen und neue Risikoeinschätzungen für geplante Investitionen wären notwendig. Aus den besonders betroffenen Ländern (Asien) würde eine Kapitalverschiebung in die relativ sicheren Staaten (USA, Europa) einsetzen.

Auf Grundlage früherer Pandemien und statistischer Modelle werden vier verschiedene Szenarien aufgestellt:

1. *mild*: Eine schwache Pandemie kostet 1,4 Mio. Menschen das Leben. Die ökonomischen Kosten würden sich auf 330 Mrd. US-Dollar belaufen (etwa 0,8 % der globalen Wirtschaftsleistung). Besonders betroffen wären die Philippinen, Neuseeland und Hongkong.
2. *mäßig*: Etwa 14,2 Mio. Menschen müssten sterben. Hongkongs Wirtschaftsleistung würde um über 9 % einbrechen.
3. *schwer*: Insgesamt würden 71 Mio. Menschen sterben. Hongkong würde ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung verlieren, Singapur 11 %.

4. *ultra*: Bei diesem *worst-case*-Szenario wäre mit 142,2 Mio. Opfern zu rechnen. Hongkongs Wirtschaftsleistung würde um 54 % zurückgehen, bei den Philippinen wären es 38 %, bei Japan 16 % und bei den USA 5 %. Das weltweite Wachstum würde um 13 % einbrechen – das wären rund 4,4 Billionen US-Dollar.

Bisher starben 91 Menschen an dem Virus, eine angesichts der möglichen Opferzahlen einer Pandemie sehr geringe Zahl. Sollte eines der obigen Szenarien eintreten, wären die Folgen auch für die Weltwirtschaft fatal: Der Aktienmarkt, die globalen Kapitalströme und das Investitionsverhalten internationaler Unternehmen würden stark in Mitleidenschaft gezogen...[mehr](#)

OECD: Altes, schwaches Europa

Economic Policy Reforms: Going for Growth 2006, *OECD*, Februar 2006

Die EU erwirtschaftet ungefähr das gleiche Bruttoinlandsprodukt (BIP) wie die USA, obwohl in Europa 170 Mio. Einwohner mehr leben. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie der OECD, die die volkswirtschaftlichen Fundamentaldaten der Industrieländer vergleicht. Demnach liegt das BIP pro Kopf um 25 % unter dem der USA, und diese Schere wächst seit 15 Jahren stetig. Hält der Trend an, wird der durchschnittliche US-Amerikaner in 20 Jahren mehr als doppelt so reich sein wie ein Durchschnitts-Deutscher oder -Franzose.

Weiterhin untersucht die OECD-Studie die Ergebnisse der Lissabon-Agenda aus dem Jahr 2000, die das Ziel verfolgte, den europäischen Wirtschaftsraum bis 2010 zur führenden Wirtschaftszone der Welt zu machen. Auch hier ist das Ergebnis niederschmetternd: Die Kampagne hat so gut wie keine Veränderungen bewirkt. Hinzu kommt die ungünstige demographische Entwicklung: Innerhalb der nächsten 25 Jahre wird die Zahl der erwerbstätigen Europäer um 7 % abnehmen, während die der über 65-jährigen um 50 % steigt. Ein Lösungsansatz wäre, die Älteren länger arbeiten zu lassen. Aber auch hier steht Europa im Vergleich schlecht da: In Frankreich sind nur 7% der über 60-jährigen erwerbstätig, in Deutschland etwa 12 %. Zum Vergleich: In den USA liegt die Quote bei 27 %...[mehr](#)

Gemeinsamer transatlantischer Finanzmarkt

Transatlantische Finanzmarktintegration: Mehr Ehrgeiz nötig, Bernhard Speyer, *Deutsche Bank Research*, 26.01.2006

Bislang erscheint das Vorhaben einer Integration der europäischen und amerikanischen Finanzmärkte wenig realistisch: Die Komplexität der Herausforderung, divergierende Interessen im Privatsektor, politisch motivierte Interventionen und ungelöste Probleme im europäischen Integrationsprozess stehen dem Wunsch nach einer transatlantischen Finanzmarktintegration im Weg.

Grundlegend für die Schaffung eines transatlantischen Finanzmarktes ist eine Einigung über die Bilanzierungs- und Rechnungslegungsstandards. Außerdem müssten beide Seiten

- Börsenzulassungsbestimmungen, Delisting und Deregistrierungsverfahren harmonisieren,
- das Handeln der Finanzaufsicht (Home-host issues) besser koordinieren,
- den grenzüberschreitenden Handel mit Aktien und Aktienderivaten erleichtern und
- internationale Regelungen für Rating-Agenturen finden.

Ein vereinter transatlantischer Finanzmarkt verhindert Konflikte, schafft Vertrauen und ist die Basis für eine transatlantische Führungsrolle bei Reformprojekten der internationalen Finanzmarktpolitik. Transaktionskosten werden gesenkt, Doppelkosten vermieden und die Neigung des Anlegers geschwächt, überwiegend Aktien aus dem eigenen Land zu kaufen (Home Bias in Portfolios)...[mehr](#)

AIDS in Afrika: Unternehmen scheuen Engagement

Does the private Sector care about AIDS? Vijaya Ramachandran, Manju Kedia Shah, Ginger Turner, *Center for Global Development*, Januar 2006

HIV/AIDS bleibt eines der zentralen Probleme Afrikas. Manager und Arbeitnehmer aus drei ostafrikanischen Staaten (Uganda, Kenia und Tansania) wurden befragt, um das Engagement von Unternehmen im Kampf gegen HIV/AIDS zu untersuchen.

Ergebnis der Studie: Die Privatwirtschaft erkennt die Herausforderung, lässt aber selten auch Taten folgen. Nur wenige sind sich bewusst, in welchem Ausmaß die

Pandemie ihrem Unternehmen schadet. Weniger als 40 % der Unternehmen führen Präventivmaßnahmen gegen HIV/AIDS durch.

Gleichwohl zeigen neue Untersuchungen, dass Teile des Privatsektors allmählich aufwachen und sich zum Handeln entschließen: So machte die Johannesburgener Börse in Südafrika den Kampf gegen HIV/AIDS zur Verpflichtung für Unternehmen.

Welche Unternehmen stellen sich der Herausforderung?

- Ausländische Firmen zeigen mehr Engagement gegen HIV/AIDS: Während in dieser Gruppe über die Hälfte den Gesundheitszustand der Mitarbeiter untersuchen lässt, sind 70 % der einheimischen Betriebe dazu nicht bereit. Die Zahlen für Prävention sind in beiden Fällen gering.
- Je größer die Unternehmen, desto eher zeigen sie Engagement gegen HIV/AIDS.
- Auch der Unternehmenssektor spielt eine Rolle. Am aktivsten sind Agrarbetriebe und die Nahrungsmittelindustrie.

Die Kosten-Nutzen-Abwägung hält die meisten Betriebe davon ab zu handeln. Doch wenn Unternehmen den Kampf gegen HIV/AIDS als Teil der strategischen Unternehmensführung betrachten sollen, benötigen sie die Unterstützung durch die Politik, wie z.B. durch Steuererleichterungen oder andere finanzielle Anreize...[mehr](#)

Chinas Jagd nach klugen Köpfen

China hunts abroad for academic talent, Pallavi Aiyar, *Asia Times Online*, 18.02.2006

China will Akademiker aus der ganzen Welt an seine Universitäten und Forschungseinrichtungen locken. Im Werben um die Elite der Professoren, Forscher und Studenten gibt die chinesische Regierung Milliarden von US-Dollar aus, um Chinas Bildungsinfrastruktur attraktiver zu gestalten. So werden

- hochmoderne Forschungszentren eingerichtet,
- international attraktive Gehälter gezahlt,
- Partnerschaften mit den besten Universitäten der Welt ins Leben gerufen,
- neue Lehr-Programme in Englisch aufgelegt und
- international anerkannte und hochwertige Abschlüsse angeboten.

Erste Erfolge sind bereits zu verzeichnen:

- In internationalen Rankings von Universitäten steht China entgegen gängiger Annahmen inzwischen besser da als Indien.
- Viele im Ausland forschende und lehrende Chinesen sind bereits in ihre Heimat zurückgekehrt.
- Hochbegabte Chinesen studieren mittlerweile eher in der Heimat statt an ausländischen Universitäten.

Dennoch bestehen nach wie vor Defizite: Unter den 100 weltweit besten Universitäten gibt es nicht eine chinesische (dagegen mehr als 50 in den USA). Nur sehr wenige nicht chinesischstämmige Akademiker konnten bisher gewonnen werden. Vor allem das Verbot freier Meinungsäußerung sowie die träge chinesische Bürokratie verhindern eine experimentelle, kreative und innovative Atmosphäre an Chinas Bildungseinrichtungen...[mehr](#)

Bei Investitionen in China die Menschenrechte nicht vergessen

When in China: Encounters with Human Rights, *Amnesty International*, Februar 2006

Ausländische Unternehmen sollten ihre Augen vor den Verhältnissen in China nicht verschließen, fordert Amnesty International. Die Liste von Menschenrechtsverletzungen durch chinesische Behörden ist lang: Medienzensur, Unterdrückung religiöser und oppositioneller Gruppen, Anwendung von Folter und Todesstrafe, Zwangsarbeit, Duldung von Korruption, mangelnder Gesundheitsschutz und illegale Zwangsräumungen. Auch NGOs werden in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Was können Unternehmen tun?

- Unternehmen sollten die Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in ihre Firmenstrategie integrieren,
- sich von unabhängigen Organisationen kontrollieren lassen,
- sich für Meinungsfreiheit einsetzen,
- Arbeiter, die ihre Wohnung durch wirtschaftlich bedingte Zwangsräumung verloren haben, entschädigen und
- garantieren, dass ihre Aktivitäten keine Menschenrechte von Minderheiten oder von Personen in den teilautonomen Gebieten im Westen Chinas verletzen.

Auch wenn bedeutende wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen – ausländische Unternehmen dürfen sich nicht indirekt zum Komplizen der chinesischen Menschenrechtsverletzungen machen, indem sie die Politik der Unterdrückung wort- und tatenlos hinnehmen...[mehr](#)

Angriff auf den Iran hätte katastrophale Folgen

Iran: Consequences of a War, Paul Rogers, *Oxford Research Group*, Februar 2006

Tausende Tote und ein lang anhaltender Konflikt im gesamten Nahen und Mittleren Osten – so könnten die Folgen eines überraschenden Luftangriffs der Amerikaner oder Israelis auf den Iran aussehen.

Besonders die iranische Zivilbevölkerung hätte unter einem Militärangeiff zu leiden, denn die Produktions- und Forschungsstätten des iranischen Nuklearprogramms liegen zum großen Teil in städtischen Gebieten.

Konkrete Ziele wären der Forschungsreaktor in Teheran, die Nuklearanlagen in Isfahan, Natans und Buschir sowie eine Anzahl von Forschungslaboratorien, in denen Nukleartechnik entwickelt wird.

Der Iran ist militärisch nicht in der Lage, einen Angriff zu verhindern. Allerdings kann mit verschiedenen iranischen Gegenmaßnahmen gerechnet werden:

- Iran tritt aus dem Nichtverbreitungsvertrag aus und macht sich mit ganzer Kraft an die Entwicklung von Nuklearwaffen.
- Iran weist die von ihm unterstützte Hisbollah zu Raketenangriffen auf Israel an und unterstützt die Aufständischen im Irak.
- Iran schließt die Straße von Hormuz und riegelt damit die Hauptroute für Öl aus dem Persischen Golf ab.
- Iran sendet Paramilitärs in arabische Staaten wie Kuwait, Saudi Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Sollte der Iran Gegenmaßnahmen ergreifen, könnte dies al-Qaida stärken und zu einer neuen Welle von Selbstmordattentaten führen.

Mit einem gezielten Schlag sind die USA oder Israel in der Lage, dem iranischen Nuklearprogramm schweren Schaden zuzufügen und es um mindestens fünf Jahre zurückzuwerfen. Doch ein solcher Angriff könnte der Auftakt zu einer neuen langanhaltenden Konfrontation sein...[mehr](#)

Was tun mit Hamas?

Aftermath of the Hamas Tsunami, Nathan J. Brown, *Carnegie Endowment*, Februar 2006

Der Wahlsieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006 bringt die westlichen Regierungen in eine Zwickmühle: Einerseits lehnen sie die radikalen Ansichten der Bewegung ab, andererseits wollen sie den Kontakt zu den Palästinensern nicht abreißen lassen.

Das angespannte Verhältnis zum Westen ergibt sich in erster Linie aus der Weigerung der Hamas, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und der Gewalt als Mittel zur Lösung des Nahostkonflikts abzuschwören. Darüber hinaus gibt auch die allgemeine politische Agenda der Hamas Anlass zu Kritik: Sie vertritt konservative, teilweise radikale religiöse Ansichten, sucht den engen Schulterschluss mit arabischen Nachbarstaaten und erklärt die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Israel zum Ziel ihrer Politik.

Wie soll der Westen darauf reagieren? Er muss zwischen zwei Optionen wählen:

- Die finanzielle Unterstützung wird eingestellt und die internationale Isolation der neuen palästinensischen Regierung vorangetrieben. Die Folgen für Politik, Wirtschaft und die Bevölkerung in den Palästinensergebieten wären in diesem Fall verheerend.
- Er kooperiert mit der Hamas, statt sie international zu isolieren. Auch unter einer Hamas-Regierung gibt es Wege, den Friedensprozess weiterzuführen: So könnten Präsident Abbas oder die PLO mit Israel verhandeln, ohne dass die Hamas an den Gesprächen teilnimmt, um so ihr Gesicht vor ihren Anhängern zu bewahren.

Westliche Regierungen sollten auf Kooperation setzen und nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen...[mehr](#)

Indiens wirtschaftlicher Aufstieg

Indien – Auf dem Weg zur Weltmacht? Teresita C. Schaffer/Pramit Mitra, *Deutsche Bank Research*, 08.02.2006

Indiens Wirtschaftsleistung wird über den weiteren Aufstieg des Landes entscheiden. In den nächsten 15 Jahren ist ein durchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von 6 % nötig. Die folgenden elf Faktoren sind dabei von zentraler Bedeutung:

1. Die Vorzeigefunktion der Wirtschaftsleistung einzelner Bundesstaaten erzeugt politischen Druck auf die indische Politik.
2. Der bisher erfolgreiche Kampf gegen die Armut muss weitergehen. Der damit verbundene Anstieg der Alphabetisierungsrate wird sich positiv auswirken.
3. Die bisher geringe Zahl an ausländischen Direktinvestitionen muss steigen.
4. Indische Global Players sind schon jetzt sehr stark. Ihre Anzahl wird steigen.
5. Politik wird aufgrund der gestiegenen Bedeutung kleinerer Parteien weniger ideologisch und mehr pragmatisch betrieben.
6. Der seit 1998 konstant wachsende Verteidigungsetat bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche Investitionen zu tätigen.
7. Die strategische Allianz mit den USA gewinnt politisch und wirtschaftlich an Bedeutung. Zwei Drittel der indischen Softwareexporte gehen in die USA, der bilaterale Handel hat sich seit 1990 verdreifacht.
8. China ist mittlerweile nach den USA der zweitgrößte Handelspartner Indiens.
9. Indien weitet sein wirtschaftliches Engagement im Nahen und Mittleren Osten aus. Iran, Saudi Arabien und auch Israel haben zentrale strategische Bedeutung.
10. Der Kaschmir-Konflikt bleibt ein Problem. Trotz einer Vielzahl vertrauensbildender Maßnahmen scheint eine Lösung in weiter Ferne.
11. Weitere strukturelle Probleme der indischen Wirtschaft sind das hohe Haushaltsdefizit, veraltete Arbeitsschutzmaßnahmen und der hohe Anteil an staatlichen Investitionen.

Die indische Politik ist gefragt: Gelingt es ihr, die unterschiedlichen außenpolitischen Herausforderungen zu meistern, so dass die indische Wirtschaftsentwicklung weiterhin dynamisch bleibt, stehen die Chancen für eine Weltmacht Indien sehr gut...[mehr](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.atlantic-outlook.org



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Eddie Hartmann

©Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org

Neben der Webseite www.atlantic-outlook.org und den *Global Must Reads* rundet der *U.S. Press Digest* unser Serviceangebot ab. Wir lesen für Sie täglich mindestens 5 amerikanische Top-Zeitungen wie die New York Times und das Wall Street Journal und bereiten die wichtigsten Nachrichten komprimiert in Deutsch auf.



Sollten Sie an einem weiteren kostenlosen Bezug der *Global Must Reads* nicht interessiert sein, schicken Sie bitte eine Mail an info@atlantische-initiative.org.